

Offener Brief der Elternräte

Herrn
Senator Ties Rabe
Behörde für Schule und Berufsbildung
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg

Protest gegen neue Sozial-Indices für Hamburger Schulen

Hamburg, den 21.04.2013

Sehr geehrter Herr Rabe!

Als Elternräte von Grundschulen möchten wir darauf aufmerksam machen, dass zwischen den uns zugänglichen und verständlichen Sozialdaten und den Sozial-Indices (KESS) der Schulen **deutliche Widersprüche** klaffen.

Unseres Erachtens stammen die vorliegenden Daten für die Erhebung des aktuellen Sozial-Index von den 3. und 4. Klassen aus Nov. 2011 (die, die die Schule in absehbarer Zeit verlassen werden).

Das bedeutet, diese Erhebungen können im Jahr 2013 höchstens für die Stadtteilschulen oder Gymnasien relevant sein – keinesfalls für die Grundschulen! Hinzu kommt, dass die für die Erhebung des Sozialindex zugrunde liegenden Eltern- und Schülerfragebögen eine gesunde Skepsis aufwerfen:

Bei den Schülerfragebögen ist es bedenklich, dass ein Kind - nach Liebe, Zuneigung und Stolz seiner Eltern befragt - in einen Gewissenskonflikt geraten könnte und daher diese Schülerbefragung positiv beantworten würde.

Fragwürdig ist zudem, dass bei der Schulbehörde 20 % der abgegebenen Fragebögen an einer Schule als repräsentativ gelten; bei den Schulinspektionen jedoch die Eltern-online-Befragung (Voraussetzung: Jede Familie besitzt einen Computer!) erst ab 50 % Beteiligung in die Auswertung einfließt.

Zurück zu den Elternfragebögen:

Glauben Sie tatsächlich, dass die Elternfragebögen von den bildungsfernen Familien verstanden, ausgefüllt und abgegeben wurden?

(Dort erfasst man sicherlich schwerpunktmäßig die Eltern, die man zum Wohle ihrer Kinder auch erfassen möchte, vor allem deshalb, weil diese Eltern sich prinzipiell zuverlässig mit dem Ausfüllen von Formularen beschäftigen und sich im Besonderen gern hinsetzen und ankreuzen, dass sie – wenn überhaupt - den niedrigsten aller Bildungsabschlüsse und ein Einkommen am Existenzminimum haben und im Übrigen ihre Kinder niemals durch kulturelle Angebote fördern.)

Man möge uns die Ironie in dieser bildungspolitisch ernstesten Angelegenheit verzeihen, aber sie drängt sich leider förmlich auf.)

Die Eltern- und Schülerbefragung benachteiligt Eltern und Kinder, deren Sprachkompetenzen sie ohnehin benachteiligen, bauen zusätzliche Barrieren auf und verzerren so die Realität an vielen Schulen.

In der aktuellen Erhebung wurden auch Sozialraumdaten herangezogen, deren Quelle, Inhalt und Folgen uns nicht bekannt sind.

Anhand des Anmeldeverfahrens für die Ganztagsbetreuung liegen aktuelle und sehr genaue Daten über die soziale Zusammensetzung der Familien vor. Aus den Förderberechtigungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BUT) sind genaue und durch amtliche Bescheide belegte Daten über die soziale Lage verfügbar.

Auch im Zuge der Inklusion hat es an den Schulen Veränderungen gegeben. In der Kürze der Zeit können diese noch gar nicht berücksichtigt worden sein!

Warum überlassen Sie es nicht den ausgebildeten Pädagogen an den Schulen, die Kinder nach ihrem Förderbedarf einschätzen?

Wo bleibt Ihr Vertrauen in Ihre eigenen Pädagogen?

Die Folgen der neuen Einstufung

- a. Die Klassenfrequenzen mehrerer Grundschulen verändern sich negativ: diese Schulen müssen in Zukunft größere Klassen einrichten. Diese Einsparung wird durch Schulen mit verringertem Index nicht aufgewogen: Bisher gab es 68 Grundschulen mit kleineren Klassen (Kess 1 und 2), in Zukunft nur noch 59. Die Summe der Stellen für die Sprachförderung an den Grundschulen wird insgesamt um ca. 14 Lehrerstellen gekürzt (392 Unterrichtsstunden pro Woche).
- b. Schulen, deren sozialer Status (z. B. nach der Zahl der Familien ohne Arbeitseinkommen und mit Förderberechtigung) unverändert ist, werden einem höheren Sozialindex zugeordnet und müssen massiv Lehrerstellen abgeben. Die Bildungschancen der hier unterrichteten Kinder werden verschlechtert, um Stellen umzuschichten (zu den Stadtteilschulen?), Räume zu sparen (durch größere Klassen) und teurere, im Schulgesetz festgeschriebene Obergrenze für die Schülerzahlen zu umgehen.
- c. Größere Klassen und gekürzte Förderressourcen in Brennpunktschulen bedeuten mehr "Risikoschüler", die ohne die wichtigsten Grundfertigkeiten in die weiterführende Schule kommen, dort scheitern und noch teurere Förderprogramme durchlaufen. Größere Klassen und gekürzte Förderressourcen bedeuten mehr Konflikte, mehr Gewaltbereitschaft dieser vom Scheitern bedrohten Kinder, deutlich erhöhte Belastungen für die Lehrkräfte und einen weiteren "Wettbewerbsnachteil" dieser Schulen mit den Schulen in besser gestellten Vierteln. Die neuen Sozial-Indices tragen so zur Vertiefung der sozialen Spaltung bei.
- d. Durch Unterschiede im Sozialindex über zwei oder mehr Stufen wird die Schulentwicklung der betroffenen Schulen auf unverantwortliche Weise unterbrochen. Aufwändig entwickelte und etablierte Programme müssen "abgewickelt" werden, Eltern finden die ihnen zugesagten Bedingungen an der Schule ihrer Kinder plötzlich nicht mehr vor.

Unsere Forderungen

- a. Die neuen Sozialindex-Einstufungen müssen mit den Schulen und in der Behörde vorliegenden Daten abgeglichen und, wo sie diesen nicht entsprechen, korrigiert werden. Zum Beispiel Schulen mit über 50 % hilfebedürftigen Familien sind u. E. in einem Sozialindex, der dem Gesamtdurchschnitt der Stadt bzw. des Stadtteils entspricht, nicht richtig eingestuft.
- b. Ein höherer Bedarf einer Schulform darf nicht zu Lasten der anderen Schulform gehen - wenn etwa die Stadtteilschulen höhere Ressourcen für die sonderpädagogische Förderung benötigen, dürfen diese nicht zu Lasten der Grundschulen finanziert werden. Unbestritten ist die Förderung am wirkungsvollsten, je früher sie einsetzt.
- c. Mehrfach haben die Behördenleitung, nationale und internationale Studien und z. B. die erfolgreiche Arbeit der Grundschulen gewürdigt. Die Ressourcen für diese erfolgreiche Arbeit müssen erhalten bleiben!
- d. Der Sozialindex muss so erhoben werden, dass er die tatsächliche Lage der Schülerinnen und Schüler und ihrer Familien wiedergibt. Wie in anderen Erhebungen

und Umfragen muss es eine Mindestbeteiligung geben, die den Realitätsgehalt der Erhebung absichert.

- e. Die Trennung der statistischen Berechnung der Sozial-Indices für die verschiedenen Schulformen muss ebenso getrennt werden wie die Ressourcen für die daraus resultierende Förderung. Bisher wird der Sozialindex so ermittelt, dass - unabhängig von der wirklichen Lage an einer Schule - das oberste Sechstel aller Schulen den Index 6, das unterste Sechstel den Index 1 erhält. Eine reale Verschlechterung der sozialen Lage, z. B. durch wachsende Arbeitslosigkeit, hat keinen Einfluss auf die absolute Menge der Fördermittel.
- f. Die Jahrgangsstufen müssen den Sozial-Index, mit dem sie eingeschult wurden, während ihrer Schulzeit in der jeweiligen Schule behalten. So wird es auch mit den Klassengrößen gehandhabt. Schulen wird dadurch Planungssicherheit, Eltern Vertrauensschutz gesichert.
- g. Um in der sozialen Wirklichkeit eines Stadtteils unerklärliche Sprünge des Sozialindex zu überprüfen, sollten Veränderungen um zwei oder mehr Stufen grundsätzlich vermieden und auf mehrere Erhebungen aufgeteilt werden.
- h. Die Transparenz des Erhebungs- und Auswertungsverfahrens muss spürbar verbessert werden: Die Schulen UND die Elternschaft sollten vor der Auswertung über die Beteiligung, die verwendeten Sozialraumdaten und die Befragungsergebnisse informiert werden und die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass wir diesen Brief an Parteien und Presse weiterleiten. Eine zeitnahe Stellungnahme Ihrerseits setzen wir voraus.

Besonders würden wir uns freuen, wenn Sie sich zu einem persönlichen Gespräch mit uns bereit erklären würden (Terminabsprache bitte über das Schulbüro der Schule Kamminer Straße).

Mit freundlichem Gruß

Elternrat der Schule Kamminer Straße

Elternrat der Schule Bekassinenau

Elternrat der Schule am Sooren

Elternrat der Schule Brockdorffstraße

Elternrat der Schule Nydamer Weg

Elternrat der Schule Großlohering

Elternrat der Schule Wildschwanbrook

Der Kreiselternrat 53 hat die Auswirkungen der neuen Sozial-Indices diskutiert und unterstützt diesen Protest.